

Zukunft Soziale Marktwirtschaft



Policy Brief # 2013/01

Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland

Deutschland profitiert in erheblichem Maße vom Euro. Die Mitgliedschaft in der Währungsunion reduziert die Kosten des internationalen Handels und schützt zudem vor starken Wechselkursschwankungen. Selbst wenn Deutschland einen Großteil seiner Forderungen abschreiben müsste, die es aufgrund der verschiedenen Euro-Rettungsmaßnahmen gegenüber den stark verschuldeten Staaten Südeuropas hat, überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile aus der Währungsunion nach wie vor. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre daher selbst bei einer rein wirtschaftlichen Betrachtung schädlich.

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@
bertelsmann-
stiftung.de

**Dr. Michael
Böhmer**
Prognos AG

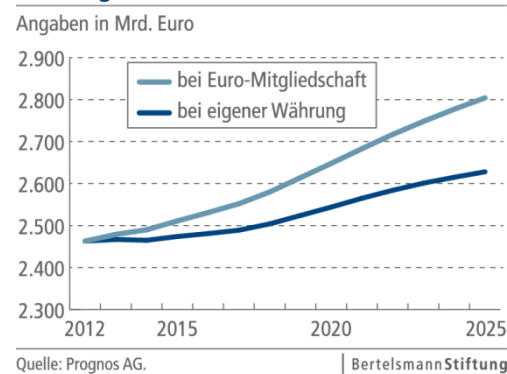
Telefon:
+49 89 954 1586-
701
E-Mail:
michael.boehmer@
prognos.com

**Henning vom
Stein**
Programm „Europas
Zukunft“

Telefon:
+49 5241 81-81398
E-Mail:
henning.vomstein@
bertelsmann-
stiftung.de

Fokus

Entwicklung des realen BIP in Deutschland bei Euro-Mitgliedschaft und bei eigener Währung



Ohne den Euro, d. h. im Fall einer eigenen Währung, würde das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland jedes Jahr rund 0,5 Prozentpunkte geringer sein. Werden die Wachstumsvorteile der Euro-Mitgliedschaft zwischen 2013 und 2025 aufaddiert, resultiert aus der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland ein Gewinn in Höhe von fast 1,2 Billionen Euro.

Seit der europäischen Staatsschuldenkrise wächst in der deutschen Bevölkerung die Kritik an der europäischen Währungsunion und am Euro. In einer im Sommer 2012 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage der Bertelsmann Stiftung zum 'Wert Europas' meinten 65 Prozent der Deutschen, dass es ihnen im Fall eines Fortbestands der D-Mark heute besser gehen würde (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012a, S. 3). Auch unter Politikern und Wissenschaftlern wächst die Kritik am Euro. Der einstige Euro-Befürworter Hans-Olaf Henkel ist mittlerweile ein erbitterter Euro-Gegner, der ein 2010 erschienenes Buch mit dem Satz „Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet“ untertitelte (Henkel 2010). In der Ende 2011 veröffentlichten »Bogenberger Erklärung« stellen die Unterzeichner, zu denen u. a. Roland Berger, Georg Milbradt und Hans-Werner Sinn zählen, die These auf: „Deutschland ist keinesfalls Eurogewinner“ (Bogenberger Erklärung 2011, S. 3). Die nachfolgend vorgestellten Modellrechnungen zeigen jedoch, dass das deutsche Wirtschaftswachstum und damit auch der deutsche Arbeitsmarkt in erheblichem Maße vom Euro profitieren.

1. Konzeption der Berechnungen

Ziel der nachfolgend präsentierten Modellrechnungen ist es, die Wachstums-, Einkommens- und Arbeitsmarkt-Effekte abzuschätzen, die sich für Deutschland aus der Teilnahme am Euro ergeben. Hierzu wird ein Szenario entwickelt, in dem Deutschland über eine eigene Währung verfügt – das »D-Mark-Szenario«. Die realwirtschaftlichen Konsequenzen, die mit diesem Szenario verbunden sind, werden mit Hilfe des makroökonomischen

Weltmodells VIEW der Prognos AG abgeschätzt (siehe Bertelsmann Stiftung 2012a, S. 8). Zur Berechnung der realwirtschaftlichen Konsequenzen wird simuliert, wie sich die Wirtschaftsleistung – also das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) – in den 42 Ländern des VIEW-Modells bis zum Jahr 2025 entwickeln würde, wenn Deutschland im Jahr 2013 eine eigene Währung einführen würde. Ausgewiesen werden dabei lediglich die realwirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland. Die aus diesem Szenario resultierenden Berechnungen zur Höhe des realen BIP in Deutschland sowie die damit verbundenen Arbeitsmarktentwicklungen werden mit der wirtschaftlichen Entwicklung des „Weltreports 2012“ verglichen, der von einem Fortbestand der Euro-Zone ausgeht (»Basisprognose«). Die dort durchgeführten Prognosen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung wurden ebenfalls mit dem VIEW-Modell erstellt. Der im Sommer 2012 erstellte „Weltreport 2012“ prognostiziert angesichts der weltweit erforderlichen Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte bis 2016/2017 eine deutliche Dämpfung des weltweiten Wirtschaftswachstums. Aus der Differenz der realwirtschaftlichen Entwicklungen in beiden Szenarien ergeben sich die Vorteile Deutschlands aus der Euro-Mitgliedschaft.

Anschließend werden zusätzliche Szenarien entwickelt, in denen unterstellt wird, dass die Staaten, die die europäischen Krisenländer mit Krediten und Bürgschaften unterstützen, auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. Diese Szenarien – die »Euro-Fortbestand mit Abschreibungen-Szenarien« oder kürzer die »Abschreibungs-Szenarien« – berücksichtigen den Umstand, dass die Euro-Retter zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung gegebenenfalls finanzielle Mittel aufwenden müssen.

Wichtig ist in diesem Kontext der Hinweis, dass die nachfolgenden Modellrechnungen nicht abschätzen sollen, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn Deutschland den Euro verlassen würde. Falls Deutschland tatsächlich aus der europäischen Währungsunion austreten sollte, hätte dies mit hoher Wahrscheinlichkeit den Zusammenbruch der gesamten Währungsunion zur Folge. Damit wäre eine schwere Weltwirtschaftskrise verbunden, deren Konsequenzen unkalkulierbar wären.

2. Annahmen der Berechnungen

Das »D-Mark-Szenario« geht davon aus, dass Deutschland ab dem Jahr 2013 über eine eigene Währung verfügt. Hieraus ergeben sich vier zentrale Wirkungsmechanismen. Erstens führt die eigene Währung zu höheren Transaktionskosten. Deutsche Unternehmen müssten sich gegen Wechselkursschwankungen der D-Mark absichern. Zudem fallen Kosten für den Währungsumtausch, für Banküberweisungen zwischen unterschiedlichen Währungsräumen sowie für das Währungsmanagement in Banken und Unternehmen an. Zweitens ist die Preistransparenz im Fall der Wiedereinführung der D-Mark geringer als beim Verbleib im Euro-Raum. Die höhere Preistransparenz des Euros hat den Vorteil, dass dies den grenzüberschreitenden Handel stimuliert und den Preiswettbewerb erhöht. Letzteres führt zu größeren Preissenkungen und damit zu einer Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Drittens ist davon auszugehen, dass eine eigenständige Währung zu einem erheblichen Aufwertungsdruck der D-Mark führt. Die damit verbundene Verteuerung deutscher Güter und Dienstleistungen im Ausland wirkt

sich negativ auf die Exporte Deutschlands aus. Viertens wäre das Zinsniveau in Deutschland bei einer eigenständigen Währung geringer als in der Euro-Zone. Sinkende Zinsen verringern die Produktionskosten und erhöhen zudem den Anreiz, Investitionen zu tätigen. Von den genannten vier Wirkungskanälen einer eigenständigen Währung wirken sich die ersten drei negativ auf das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt aus, während das geringere Zinsniveau einen wachstumsfördernden Effekt hat. In den Modellrechnungen werden diese Wirkungsmechanismen wie folgt berücksichtigt:

- Bezüglich der Erhöhung der Transaktionskosten wird angenommen, dass der Euro jährlich Transaktionskosten in Höhe von 0,5 Prozent des BIP einspart. Im Jahr 2013 macht diese Einsparung etwa 12 Milliarden Euro aus. In den Modellrechnungen führt dies dazu, dass sich die Importpreise für Waren und Dienstleistungen gegenüber der Basisprognose ab dem Jahr 2013 um 1,1 Prozent verteuern.
- Die geringere Preistransparenz wird im »D-Mark-Szenario« dadurch berücksichtigt, dass die Unternehmen einen größeren Preisgestaltungsspielraum haben. Die daraus resultierenden größeren Preisaufschläge erhöhen die Inflationsrate während des Prognosehorizonts um durchschnittlich 0,13 Prozentpunkte und senken so die realen Einkommen der privaten Haushalte.
- Zur Abschätzung des D-Mark-Wechselkurses wird auf die historische Entwicklung des realen Wechselkurses seit 1999 zurückgegriffen: Seit der Euro-Einführung fiel der reale Wechselkurs Deutschlands um 23 Prozent, während der reale Wechselkurs des übrigen Euro-Raums um 7 Prozent anstieg. In den Simulations-

rechnungen führt die Einführung der D-Mark deshalb zu einer Aufwertung der D-Mark um 23 Prozent und zu einer siebenprozentigen Abwertung des Euros.

- Der geringere Zinssatz wird schließlich mit Hilfe des so genannten »Taylor-Zins« berechnet (vgl. dazu ausführlicher Deutsche Bundesbank 1999). Die Anwendung der Taylor-Regel hat zur Folge, dass der deutsche Zinssatz in den Jahren 2013 bis 2025 im Durchschnitt gut 0,5 Prozentpunkte geringer ist als in der verbleibenden Euro-Zone.

In den »Abschreibungs-Szenarien« wird davon ausgegangen, dass die Euro-Zone unverändert fortbesteht. Dabei wird jedoch angenommen, dass die vier europäischen Krisenstaaten die bisher gewährten Finanzhilfen nicht komplett zurückzahlen können. In Übereinstimmung mit der Vorgängerstudie (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012b, vor allem S. 21-23) wird ein Schuldenschnitt in Höhe von 60 Prozent der Forderungen gegenüber (bis zu) vier südeuropäischen Staaten angenommen. Dieser Schuldenschnitt betrifft sowohl die öffentlichen Haushalte als auch den Privatsektor. Für die öffentlichen Haushalte bedeuten die Forderungsverluste Abschreibungen in entsprechender Höhe. Abschreibungen stellen buchhalterische Kosten dar, sodass die staatlichen Budgetdefizite der Länder, die direkt oder indirekt für die Krisenländer haften, größer werden. Damit steigen in diesen Ländern die Staatsschulden und der zu leistende Schuldendienst. Der Staat muss daher an anderer Stelle Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen, also entweder seine Ausgaben reduzieren oder die Steuern und Abgaben erhöhen. Beides führt dazu, dass die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurückgeht, was dann auch eine Verringerung der Produktion und Beschäf-

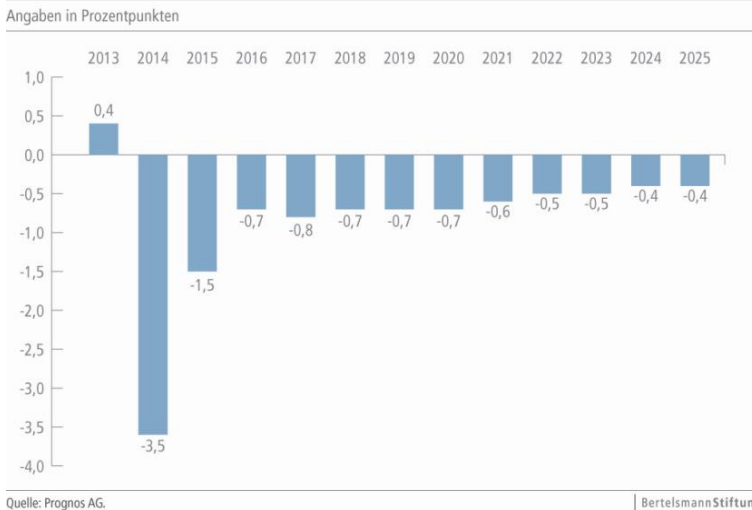
tigung zur Folge hat. Die Abschreibungen der privaten Gläubiger stellen einen Vermögensverlust dar, der letztendlich die privaten Haushalte betrifft. In Folge dieses Vermögensverlustes werden die privaten Konsumausgaben und Wohnungsbauinvestitionen reduziert.

3. Zentrale Ergebnisse

Zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im »D-Mark-Szenario« wird zunächst eine VIEW-Modellrechnung durchgeführt, in der unterstellt wird, dass Deutschland ab dem Jahr 2013 wieder über eine eigene Währung verfügt, also aus dem Euro aussteigt. In dieser Modellrechnung hat die eigenständige Währung zunächst noch einen wachstumsfördernden Effekt für Deutschland. Im Jahr 2013 überwiegen also die positiven Begleiterscheinungen einer starken D-Mark, wie z. B. billigere und damit inflationsdämpfende Importpreise oder der investitionsfördernde niedrigere Zins. Die exportdämpfende Aufwertung der D-Mark setzt erst später ein, d. h. sowohl die Exportmengen als auch die Importmengen reagieren mit einer zeitlichen Verzögerung. Ab dem Jahr 2014 wirken sich die geänderten Rahmenbedingungen jedoch massiv zulasten der deutschen Wachstumsdynamik aus. Die Ausläufer des volkswirtschaftlichen Schocks, der mit der Einführung einer eigenständigen Währung verbunden ist, bleiben bis etwa 2020 verhältnismäßig stark. Danach stabilisieren sich die jährlichen Wachstumsdifferenzen zwischen der Basisprognose und der Ausstiegs-Modellrechnung (siehe Abbildung 1).

Bei der Interpretation dieser Resultate ist auf die eingangs genannte Zielsetzung der Modellrechnungen hinzuweisen: Ziel ist

Abb. 1: Jährliche Wachstumsdifferenzen des realen BIP in Deutschland zwischen der Basisprognose und der Ausstiegs-Modellrechnung



nicht die Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen, die sich ergeben, wenn Deutschland die Währungsunion verlässt. Stattdessen geht es um die Frage, welche Vorteile Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Euro-Zone erwachsen. Relevant für die Beantwortung dieser Frage sind nicht die unmittelbaren – und auch relativ stark schwankenden – Auswirkungen der abrupten Einführung einer neuen Währung, sondern deren langfristige Konsequenzen. Entscheidend sind deshalb die langfristigen und zudem relativ konstanten Wachstumsunterschiede, die sich ab 2021 einstellen.

Die langfristigen Wachstumseffekte, die sich aus der Euro-Mitgliedschaft Deutschlands ergeben, werden also zum Ende des Prognosehorizonts deutlich. Sie liegen bei Werten zwischen 0,4 und 0,6 Prozentpunkten. Um zu berechnen, wie sich die deutsche Wirtschaftsleistung in einem kontrafaktischen Szenario mit einer eigenen Währung entwickeln würde, wird daher die langfristige Wachstumsdifferenz von etwa 0,5 Prozentpunkten zum Maßstab genommen. Die daraus resultierenden ökonomischen Konsequenzen lassen

sich wie folgt zusammenfassen:

- Im Jahr 2025 beträgt das deutsche BIP im »D-Mark-Szenario« rund 2.630 Milliarden Euro, während es im Fall einer Mitgliedschaft Deutschlands in der Gemeinschaftswährung rund 2.800 Milliarden Euro beträgt (siehe Fokusgrafik auf Seite 1). Für jeden Bundesbürger des Jahres 2025 bedeutet dies im Durchschnitt einen realen Einkommensverlust in Höhe

von rund 2.200 Euro.

- Werden die volkswirtschaftlichen Wachstumsverluste, die sich zwischen den Jahren 2013 und 2025 im »D-Mark-Szenario« gegenüber der Basisprognose ergeben, aufaddiert, resultiert daraus ein Gesamtverlust in Höhe von fast 1,2 Billionen Euro. Wird dieser Betrag auf alle Bundesbürger verteilt, ergibt dies einen kumulierten Einkommensverlust von über 14.000 Euro je Einwohner.
- Die Dämpfung des wirtschaftlichen Wachstums äußert sich auch in einem geringeren Beschäftigungsniveau. Die Zahl der Arbeitslosen steigt um etwa 200.000 Personen. Damit steigt auch die Arbeitslosenquote. Im Jahr 2013 liegt die Arbeitslosenquote im »D-Mark-Szenario« beispielsweise bei 7,4 Prozent, während sie in der Basisprognose lediglich 6,9 Prozent beträgt.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass sich die Mitgliedschaft Deutschlands in der Euro-Zone positiv auf das reale BIP bzw. das Einkommen und den Arbeitsmarkt auswirkt. Die Euro-Mitgliedschaft ist für

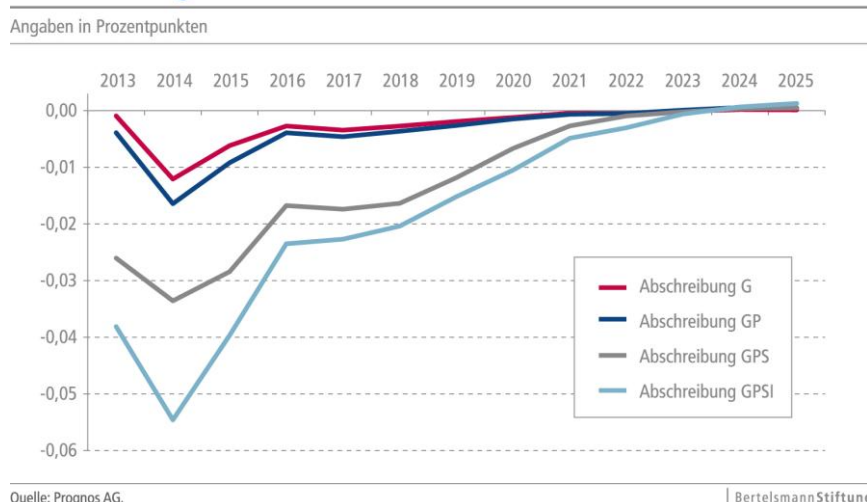
Deutschland sogar dann lohnend, wenn es zu umfassenden Abschreibungen von Forderungen gegenüber den vier Krisenländern kommt. In einer Abfolge von vier weiteren Szenarien wird berechnet, welche realwirtschaftlichen Konsequenzen sich für Deutschland ergeben, wenn 60 Prozent der Forderungen gegenüber Griechenland abgeschrieben werden müssen (Szenario „Abschreibung G“) bzw. 60 Prozent der Forderungen gegenüber Griechenland und Portugal (Szenario „Abschreibung GP“) bis hin zu einer Situation, in der allen vier Krisenländern 60 Prozent der Schulden erlassen werden (Szenario „Abschreibung GPSI“).

Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist, ergeben sich aus diesen Forderungsverlusten kaum wahrnehmbare Wachstumseinbußen für Deutschland. Selbst wenn es in allen vier Krisenländern zu einem 60-prozentigen Schuldenschnitt käme, führt dies nur zu einem kurzfristigen und zudem minimalen Rückgang der Wachstumsrate des realen BIP in Höhe von 0,05 Prozentpunkten. Für die vergleichsweise geringe Wirkung eines Schuldenschnitts gibt es zwei zentrale Gründe. Zum einen erhöht der Schuldenschnitt lediglich die Verschuldung der Euro-Retter, ohne jedoch – so wie in der Vorgängerstudie – in dem Schuldnerland weitere massive ökonomische Verwerfungen (Staatsbankrott,

Währungsumstellung etc., vgl. Bertelsmann Stiftung 2012b, S. 20) hervorzurufen. Zum anderen hat ein Schuldenschnitt für den betreffenden Schuldnerstaat eine Verringerung der Schuldenlast zur Folge. Dies erhöht die fiskalpolitischen Spielräume des Staates und wirkt sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Volkswirtschaft aus. Über steigende Exporte profitiert dann auch eine Exportnation wie Deutschland von dieser günstigeren Wirtschaftsentwicklung.

Im Ergebnis lässt sich daher festhalten: Selbst wenn es zu größeren Forderungsverlusten kommen sollte, profitiert Deutschland von der Euro-Mitgliedschaft. Die deutsche Wirtschaft wächst dank der Rahmenbedingungen der europäischen Gemeinschaftswährung stärker als in einem kontrafaktischen Umfeld mit eigener Währung. Ein umfassender Schuldenschnitt Griechenlands oder auch anderer Euro-Mitgliedstaaten würde zwar die deutsche Staatsverschuldung erhöhen, eine wachstumshemmende Wirkung ginge von einem solchen Ereignis jedoch nur in einem geringen Umfang aus.

Abb. 2: Jährliche Wachstumsdifferenzen des realen BIP in Deutschland zwischen der Basisprognose und den vier Abschreibungs-Szenarien



4. Politische Konsequenzen

Die vorliegenden Berechnungen zeigen, dass Deutschland in erheblichem Maße vom Euro profitiert. Die Mitgliedschaft in der europäischen Gemeinschaftswährung äußert sich in einem dauerhaft höheren Wachstumspfad als im Fall einer eigenen Währung. Ohne den Euro würde die Wachstumsrate des deutschen BIP jedes Jahr rund 0,5 Prozentpunkte geringer sein. Selbst wenn Deutschland und die übrigen Gläubigerländer einen Großteil ihrer Forderungen abschreiben müssen, die sie aufgrund der verschiedenen Euro-Rettungsmaßnahmen gegenüber den stark verschuldeten Staaten Südeuropas haben, überwiegen die Vorteile Deutschlands aus der Währungsunion.

Aber auch über die wirtschaftlichen Vorteile hinaus stellt sich angesichts der erneut entfachten Debatte um eine mehr oder weniger integrierte Europäische Union die grundsätzliche Frage: „Was wäre denn ohne den Euro gewesen?“ Auch das ist ein Szenario, das nicht von der Hand zu weisen ist! Nach den ersten Ideen zu einer Europäischen Währungsunion in den siebziger Jahren kam es zu mehreren Verschiebungen, die meist durch externe Schocks bedingt waren (z.B. die Ölkrisen). Das Platzen der Dot-Com-Blase 2000 brachte die junge Währungsunion gleich zu Anfang in erhebliche Turbulenzen. Wird sich der Euro später einmal als eine Gunst der Stunde erweisen?

Erkennbar wird, dass sich durch den europäischen Integrationsprozess der Handlungsspielraum unserer Politik im globalen Kontext vergrößert. Turbulenzen im europäischen Währungssystem mit ihren unterschiedlichen Auswirkungen auf die

Volkswirtschaften konnten nie nur auf die Ausrichtung der Geldpolitik isoliert werden, immer hat sich daran eine größere politische Krise in der Gemeinschaft entfacht. Die Länder der Europäischen Union hätten ohne die Drohkulisse eines unkalulierbaren Auseinanderbrechens ihrer Gemeinschaftswährung die für die Rettung ihres Bankensystems notwendigen Maßnahmen nicht zu vereinbaren gewusst. Allein die Tatsache, eine unabhängige Europäische Zentralbank als funktionsfähige Institution im globalen Kontext aktiv zu wissen, hat die Rahmenbedingungen für die Politikgestaltung signifikant verändert. Insofern unterstreicht die Tatsache, dass wir heute nach einer derartigen Finanzkrise den Euro noch in allen 17 Ländern haben, die Lernfähigkeit der politischen Entscheidungsfindung in einem integrierten Europa.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung, Der Wert Europas: Repräsentative Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Frankreich und Polen, Gütersloh 2012a.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Wachstumswirkungen eines Euro-Ausstiegs, Gütersloh 2012b.
- Bogenberger Erklärung, in: ifo Schnelldienst, 64. Jg., Ausgabe 23/2011, S. 3 – 11.
- Deutsche Bundesbank, Taylor-Zins und Monetary Conditions Index, in: Monatsbericht April 1999, S. 47 – 63.
- Henkel, Hans-Olaf, Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft. Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet, München 2010.

Policy Brief 2012/06: Euro-Austritt in Südeuropa

Ein griechischer Staatsbankrott samt Euro-Austritt wäre für sich genommen für die Weltwirtschaft verkraftbar. Es besteht aber die Gefahr, dass die Kapitalmärkte dann auch Portugal, Spanien und Italien endgültig das Vertrauen entziehen. Die Weltwirtschaft würde dadurch in eine tiefe Rezession fallen. Bis 2020 würden die 42 wichtigsten Volkswirtschaften Wachstumseinbußen in Höhe von 17,2 Billionen Euro erleiden. Daher sollte ein Staatsbankrott und Euroaustritt Griechenlands verhindert werden, um die damit verbundenen möglichen Dominoeffekte zu vermeiden.

Policy Brief 2012/07: Nachhaltigkeit und Solidarität - Grundgedanken einer neuen Finanzverfassung

Eine föderale Finanzverfassung mit bundesstaatlichem Finanzausgleich bleibt unverzichtbar. Nur so lassen sich die in der Bundesrepublik großen regionalen ökonomischen Unterschiede ausgleichen und öffentliche Aufgaben flächendeckend finanzieren. Die anstehende Neugestaltung der Finanzverfassung ab 2020 bietet die Chance, strukturelle Mängel zu beheben. Ziel ist es, die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen nachhaltig zu konsolidieren und einen modernen Sozialstaat zu sichern.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Demnächst erscheint:

- Green and Fair Economy
- Bessere Beschäftigungschancen für ältere Arbeitskräfte